

# Mitgliederbrief

Information der SPD Breisgau Hochschwarzwald

Breisgau -  
Hochschwarzwald

**SPD**

## Der dritte Mitgliederbrief ist da..

Herzlich Willkommen,

in der heutigen dritten Ausgabe unseres Mitgliederbriefes präsentieren wir wieder aktuelle Beiträge über die Arbeit der SPD vor Ort.

Natürlich wollen wir die Gelegenheit nutzen zur Flüchtlingssituation zu informieren und die Maßnahmen der Landesregierung aufzuzeigen.

Im August konnten wir uns mit unserer Generalsekretärin treffen und die Auswirkungen des Mindestlohns in der Landwirtschaft diskutieren, viele weitere Themen findet ihr im dritten Mitgliederbrief.

Schnell ausdrucken, lesen und verteilen. Gern nehmen wir Eure Beiträge oder Kommentare in die nächste Ausgabe auf. Sendet diese einfach per Mail an die Redaktion. Wir freuen uns auf Eure Anregungen und Rückmeldungen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch

Euer Kreisvorstand

## Editorial



Liebe Genossinnen und Genossen,

die Welt scheint sich momentan schneller zu drehen. Seit der letzten Ausgabe des Mitgliederbriefs ist das Flüchtlingsthema das alles beherrschende geworden. In vielen Gesprächen mit Euch konnte ich die unglaubliche Hilfsbereitschaft vor Ort, aber auch die Sorgen vieler erfahren. Angesichts einer Welt, die derzeit an allen möglichen Enden aus den Fugen gerät, einer EU-Performance, die nur noch gruselig ist und von

Bildern, die die Emotionen immer abwechselnd mal in die eine, dann wieder in die andere Richtung überkochen lassen, lasst uns unser Möglichstes tun. Für die Menschen, die zu uns kommen. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Für eine lebenswerte Welt.

**SPD - weil es um Menschen geht!**

Dr. Birte Könnecke (Kreisvorsitzende)

Oktober 2015

3. Ausgabe

### Themen dieser Ausgabe:

- *Flüchtlingssituation*
- *Team Birte*
- *Treffen mit franz. Genossen*
- *Besuch Yasmin Fahimi*
- *Gabi Rolland*
- *Campaign Camp Berlin*
- *# WICHTIG IST*
- *Vor Ort Besuche*

### Termine 2015:

Willkommen in Deutschland!?	06.10.2015
Diskussionsabend mit Lars Castellucci	19:00 Bad Krozingen
Politiktalk Sterbehilfe	07.10.2015
Stube in Au	19:00
Landesparteitag	09.10./10.10. Mannheim
Besuch Ralf Stegner	28.10.2015
Arm im Alter—ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft	
Neujahrsempfang mit Gernot Erler	08.01.2016 Himmelreich

## Flüchtlingssituation—Maßnahmen der Landesregierung

60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht vor Krieg, Vertreibung und Unterdrückung— so viele wie nie zuvor. Auch zu uns nach Baden-Württemberg kommen immer mehr Flüchtlinge: Waren es schon 2014 rund 28.000 Menschen, so wird ihre Zahl Prognosen zufolge in diesem Jahr wohl auf rund 100.000 steigen. Eine riesige humanitäre Herausforderung also, die die Landesregierung gemeinsam mit den Kommunen, Kirchen, Flüchtlingsorganisationen und vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern kraftvoll annimmt.

Wir wollen die Flüchtlinge gut unterbringen. Die Landesregierung hat deshalb neue Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge eingerichtet. Die Erstaufnahmeplätze haben wir in den vergangenen drei Jahren auf rund 15.000 fast verzehnfacht. Das ist eine enorme Leistung: Baden-Württemberg hat damit bisher fast ein Viertel aller neuen Erstaufnahmeplätze in ganz Deutschland geschaffen, wobei das Land nur 13 Prozent der bundesweiten Flüchtlinge aufnehmen muss.

Wir bauen die Kapazitäten angesichts der vielen Flüchtlinge permanent weiter aus.

Das Land nimmt außerdem in einem Sonderkontingent Mädchen und Frauen auf, die im Nordirak oder in Syrien Opfer sexueller Gewalt geworden sind.

Die Landesregierung unterstützt auch die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge so gut es geht. Um die Kommunen finanziell zu entlasten, haben wir die an die Stadt- und Landkreise gezahlten Mittel für die Flüchtlingsunterbringung erhöht.

Außerdem unterstützt das Land die Kommunen mit einem speziellen Bauprogramm von 30 Millionen Euro für den beim Bau von Flüchtlingsunterkünften. Dieses Bauprogramm stocken wir ab 2016 um weitere 30 Millionen Euro auf. Die Regelung, wonach einem Flüchtling ab dem kommenden Jahr 7 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung stehen muss, wird wegen der landesweiten angespannten Ausnahmesituation für zwei Jahre zurückgestellt werden.

Die Landesregierung hat 2012 die Residenzpflicht abgeschafft. Flüchtlinge können sich seither frei in Baden-Württemberg bewegen und so im ganzen Land Verwandte und Freunde besuchen.

Flüchtlinge bekommen jetzt für Essen und Kleidung Geld statt Sachleistungen. So können etwa kulturell und religiös bestimmte Essgewohnheiten besser berücksichtigt werden.

Außerdem konnten wir auf Bundesebene erreichen, dass Länder künftig eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen können. Flüchtlinge müssen dann nicht mehr zuerst zum Amt gehen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. Denn das ist für die Menschen belastend und für die kommunalen Verwaltungen viel Arbeit. Wir werden in Baden-Württemberg eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführen, sobald der Bund die gesetzliche Grundlage dafür geschaffen hat.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Deshalb können Flüchtlinge nun auch in Baden-Württemberg Deutsch-Grundkenntnisse erwerben. Damit die Flüchtlingskinder bei uns in der Schule gut mitkommen, aber auch um Flüchtlinge ohne Deutschkenntnisse auf die Arbeit vorzubereiten, haben wir 200 Lehrerstellen für Vorbereitungsklassen an den Schulen geschaffen. Bis Ende 2016 kommen nochmal 200 zusätzliche Lehrerstellen hinzu.

Das Land hat außerdem ein bundesweit einmaliges Stipendienprogramm für Flüchtlinge aus Syrien aufgelegt, das ihnen ermöglicht, bei uns zu studieren.

Die Flüchtlinge wollen arbeiten anstatt untätig herumzusitzen. Die Landesregierung hat mit dem Asylkompromiss auf Bundesebene erreicht, dass Flüchtlinge künftig früher arbeiten dürfen: Das Beschäftigungsverbot wurde von 15 auf drei Monate verkürzt. Dadurch konnten bundesweit schon 10.000 Flüchtlinge eine Arbeit aufnehmen. Zudem unterstützen wir mit einem Förderprogramm die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt.

Auch die Wirtschaft möchte in Zeiten des Fachkräftemangels Ausbildungsplätze anbieten. Die Landesregierung unterstützt das und möchte, dass junge Asylsuchende für die Dauer ihrer Ausbildung und bei Übernahme für die ersten zwei Jahre danach in Deutschland bleiben können. Außerdem besteht darin eine Chance für Industrie- und Handwerksbetriebe, die schon jetzt Ausbildungsplätze nicht mehr besetzen können.

## Flüchtlingssituation

Viele tausend Menschen in Baden-Württemberg engagieren sich ehrenamtlich in der Flüchtlingsarbeit. Die Landesregierung unterstützt diese vorbildliche Arbeit auf vielfältige Weise. So hat sie beispielsweise ein Programm in Höhe von einer Million Euro aufgelegt, um lokale Flüchtlingsnetzwerke zu fördern. Auch Sportvereine, die Integrationsarbeit für Flüchtlinge leisten, werden besser unterstützt. Zudem wurde eine spezielle Ombudsstelle eingerichtet. Ein Leitfaden für die ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit vor Ort ist in Arbeit.

Die Landesregierung unterstützt außerdem das Anliegen der Kirchen für ein Bündnis für Flüchtlinge, in dem sich Akteure der Zivilgesellschaft zusammenschließen sollen.

Die Dauer der Asylverfahren ist der Dreh- und Angelpunkt, um die aktuelle Flüchtlingssituation zu bewältigen. Die zu langen Verfahren sind bislang das Nadelöhr: sie dauern im Schnitt 6,7 Monate, es besteht ein Stau von fast 250.000 nicht entschiedenen Asylanträgen. Schnelle Verfahren sind aber die Voraussetzung für eine schnelle Integration anerkannter Flüchtlinge. Und sie bringen für nicht anerkannte Asylbewerber schnell Klarheit, dass sie zurückkehren müssen. Außerdem würden Aufnahmekapazitäten in den Ländern und Kommunen massiv entlastet.

Die Durchführung der Asylverfahren ist jedoch Bundessache. Deshalb muss die Bundesregierung deutlich mehr tun und das Personal beim zuständigen Bundesamt für Migration zügig aufstocken, um die Asylverfahren zu beschleunigen.

Quelle: Landesregierung

Außerdem soll der Bund syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen außerhalb des Asylverfahrens ein schnelles Bleiberecht ermöglichen. Dadurch würden die Asylbehörden entlastet.

Für Menschen vom Westbalkan ist das Asylrecht in den meisten Fällen eine Sackgasse. Um die Zahl der Asylbewerber vom Westbalkan zu reduzieren, setzt sich die Landesregierung beim Bund dafür ein, Ausbildungs- und Beschäftigungskorridore für Arbeitssuchende aus diesen Ländern zu schaffen. Das nützt auch unserer Wirtschaft, die auch auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen ist.

Die Landesregierung möchte mehr Asylbewerber ohne Bleibeperspektive dazu bewegen, freiwillig in ihre Heimat zurückzukehren. Deshalb werden die Beratungsangebote zur freiwilligen Rückkehr ausgeweitet. Zudem wird die für die Rückführung abgelehnter Asylbewerber zuständige Stelle im Regierungspräsidium gestärkt. Ausreisepflichtigen Flüchtlingen, die sich weigern, zurückzukehren und sich der Rückführung entziehen, sollen künftig Leistungen wie etwa das Taschengeld gekürzt werden.

Der Hauptgrund für die aktuelle Flüchtlingsproblematik liegt darin, dass der Bund im Durchschnitt fast sieben Monate für die Bearbeitung eines Asylantrags im Südwesten benötigt. Das Land appelliert deshalb dringend an die Bundesregierung, das Personal beim zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zügig aufzustocken, um die Asylanträge schneller zu prüfen. Das würde die Situation in den Aufnahmestellen deutlich entspannen.

## Birte Könnecke zur Flüchtlingssituation

Die derzeitige Flüchtlingswelle wird **DIE HERAUSFORDERUNG** der kommenden Jahre bleiben, hier zu guten Lösungen zu kommen, was die Unterbringung, die Sprachförderung, die Integration und auch die fortwährende Akzeptanz dieser neuen Mitbürger anbelangt.

Bisher hat sich unser Wahlkreis da vorbildlich gezeigt, die Menge an ehrenamtlichem Engagement, die Bereitwilligkeit der Gemeinden, Lösungen zu finden, die von den allermeisten Bürgern gelebte Willkommenskultur sind bewundernswert und müssen unbedingt erhalten und unterstützt werden.

Hierfür müssen von Bund und Land die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die zuständigen Behörden müssen personell und finanziell in die Lage versetzt werden, Asylanträge zeitnah zu bearbeiten.

Die Gemeinden müssen bei der Unterbringung und Versorgung entlastet werden, damit sie die finanziellen Spielräume haben, ihren eigentlichen Aufgaben gerecht zu werden. Und es müssen in der Fläche nicht nur genügend Sprachangebote sondern auch Sozialarbeiter und ggf. Therapeuten vorhanden sein, um Integration gelingen zu lassen.

## Generalsekretärin Yasmin Fahimi zu Besuch

Am 27. August 2015 trafen sich auf Einladung von Birte auf dem wunderschönen Hardthof in Hartheim Vertreter des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbands (BLHV) und betroffene Landwirte mit der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und einigen Genossen um über die Auswirkungen des Mindestlohns in der Landwirtschaft zu diskutieren.

Wie Herr Pfrengle vom Hardthof eindrucksvoll mit Zahlen belegen konnte, steigen die Lohnkosten in den nächsten 4 Jahren um beinahe 50%, was bei gleichbleibender Einnahmeseite viele Betriebe in die wirtschaftliche Unrentabilität führt.

Weitere Probleme entstehen durch die Aufzeichnungspflichten und die Kontrolle des Arbeitszeitgesetzes. Hier wurde offen zugegeben, dass das bislang in der Landwirtschaft oftmals nicht eingehalten wurde („Wir dachten immer, das gilt in der Landwirtschaft nicht“). Weil es oftmals aber auch an der Realitäten der Landwirtschaft vorbeigeht. Wenn die Erdbeeren reif sind und das Wetter gut ist, müssen sie sofort gepflückt werden, das lässt sich nicht auf morgen verschieben. An anderen Tagen, bei Regenwetter, wird dann wieder viel kürzer gearbeitet. Hier gibt es auf Länderebene die Möglichkeit zeitlich befristete Ausnahmen zu beantragen, was in Baden-Württemberg allerdings in jedem Einzelfall geschehen muss. Der BLHV-Präsident, Herr Räßle, sowie der Justiziar Herr Nödl würden sich hier eine allgemeingültige Genehmigung, zum Beispiel mittels Allgemeinverfügung, wünschen, die es Betrieben mit Sonderkulturen für eine bestimmte Anzahl von Tagen während der Erntezeit erlauben, die maximale tägliche Arbeitszeit zu überschreiten. Hiermit stießen sie auf offene Ohren, man wird gemeinsam versuchen im zuständigen Sozialministerium etwas zu bewegen.



Hr. Fiebig, Hr. Räßle, Birte Könnecke, Herr Nödl, Yasmin Fahimi, Bernhard Pfrengle (v.l.n.r.)



Als ein weiteres Problem stellte sich die Ruhephase von mindestens 10 Stunden am Stück heraus. Bei der heißen Witterung der letzten Wochen war es den Erntehelfern nicht zuzumuten über die Mittagszeit zu arbeiten, so dass häufig morgens von 6 bis 11 und dann nochmal von 16 bis 21 Uhr gearbeitet wurde. Dies ist so nicht möglich. Der Vorschlag von Yasmin Fahimi, dann doch komplett nachts mit Stirnlampe zu arbeiten, wurde schmunzelnd beiseite gewischt.

Insgesamt hörte Yasmin Fahimi sich die Sorgen und Nöte sehr konzentriert und zugewandt an. Durch ihren gewerkschaftlichen Hintergrund geprägt, betonte sie natürlich auch die andere Seite der Medaille, dass man eben nicht alle betrieblichen Belange auf dem Rücken der Arbeitnehmer austragen könne.

Die Politik muss sich überlegen, wieviel es ihr wert ist, dass gute Nahrungsmittel im eigenen Land produziert werden. Wenn man an der Kostenschraube dreht, die Einkommenseite aber unverändert bleibt und es dann einem globalisierten ungleich regulierten Markt überlassen wird, werden die Betriebe hier nicht überlebensfähig sein und insbesondere arbeitsintensive Zweige wie Spargel, Beeren, aber auch Kernobst wird auf Dauer nur noch in Osteuropa produziert. Das kann sicher nicht im Sinne der Verbraucher sein.

Hierin waren sich alle einig. Jetzt muss der Spielraum für konkrete Lösungsmöglichkeiten eruiert werden. Nach dem freundlich-sachlichen Gespräch gab es noch einen kleinen Hofrundgang, insbesondere der Hofladen zeigte eindrucklich, was es zu verlieren gibt.

Birte Könnecke

## Team Birte



Liebe Genossinnen und Genossen,

am 13. März 2016 gilt's! Wir wollen weiter in der Regierungsverantwortung bleiben. Wir wollen die gute Arbeit der letzten fünf Jahre fortsetzen. Wir wollen keine schwarze Rückabwicklung in die Vergangenheit!

Wir haben unser Baden-Württemberg in den letzten 5 Jahren voran gebracht, allen Unkenrufen zum Trotz. Die Arbeitslosigkeit ist niedrig, das Steueraufkommen hoch, auf dem Weg zum Musterland für gute Arbeit sind wir ein großes Stück weiter. Mindestlohn, Tariftrueugesetz, Bildungszeitgesetz - alles Schritte, die Bund und Land unter roter Führung in die richtige Richtung unternommen haben.

Der Pakt mit den Kommunen hat geholfen, uns bei der Kleinkindbetreuung von einem Schlussplatz bundesweit an die Spitze zu bringen. Und das nicht nur zahlenmäßig, auch bei der Qualität der Betreuung liegen wir auf dem ersten Platz. Bildungsgerechtigkeit erreicht man nicht durch Aufbewahrungsstätten.

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen ist es uns gelungen, wohnortnahe weiterführende Schulen im ländlichen Raum zu erhalten und allen Kindern die Chance auf einen bestmöglichen Abschluss anzubieten. Diese Schulform ist bestens geeignet auch mit den kommenden Herausforderungen der Inklusion behinderter Kinder sowie der Integration von Flüchtlingen klarzukommen.

Die CDU sieht die letzten 5 Jahre nach wie vor als einen Betriebsunfall an und möchte nichts lieber, als die Uhr zurückzudrehen und alle Errungenschaften rückabzuwickeln. Geben wir ihnen hierzu keine Chance!

Unser Wahlkreis ist der einzige, in dem einem männlichen Abgeordneten eine weibliche Kandidatin folgt. Umso wichtiger, dass wir diesen Sitz verteidigen. Ich tue dafür alles, was in meiner Macht steht und ich weiß, dass ihr alle mit mir im Wahlkampf zusammen stehen werdet. Dafür danke ich euch jetzt schon.

Aber wie ihr wisst, kostet Wahlkampf neben Zeit, Engagement und Kampfeslust auch Geld. Hier bitte ich euch um eure finanzielle Unterstützung. Jeder Betrag ist willkommen und selbstverständlich gibt es für jeden eine Spendenbescheinigung, so dass ihr 50% der gespendeten Summe von eurer Steuer erstattet bekommt.

Spendenkonto:

Sparkasse Freiburg IBAN: DE 82 6805 0101 0002 1053 12 BIC: FRSPDE66XXX

Kontoinhaber: SPD Breisgau-Hochschwarzwald Verwendungszweck: Wahlkampfspende Dr. Birte Könnecke

Mit Deiner Hilfe schaffen wir es, dass 2016 Rot grün weiterregiert und der Wahlkreis Breisgau in Stuttgart vertreten bleibt. Ich danke Euch schon jetzt für Eure Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen,

Birte Könnecke

P.S.

Wenn du meine Arbeit weiter verfolgen möchtest, kannst du das gerne auf [www.birte-konnecke.de](http://www.birte-konnecke.de) oder unter <https://www.facebook.com/birte.konnecke> tun.



## Kreisdelegiertenkonferenz in Staufen

Zahlreiche Delegierte kamen am 25.09.2015 zu unserer Kreisdelegiertenkonferenz nach Staufen um die Weichen für die Landtagswahl zu stellen, denn es waren die Delegierten für den Landesparteitag Anfang Oktober in Mannheim zu wählen. Bis es zur Wahl kam, gab es aber noch eine ganze Reihe von anderen Punkten.



Sehr spannend waren bereits die Grußworte des Staufener Bürgermeisters Michael Benitz, der sich freute, die Sozialdemokraten im Staufener Stubenhof zu Gast zu haben. In seiner kurzen Ansprache ging er auf die beiden Tophemen der Staufener Gemeindepolitik ein, die Hebungen und Risse nach dem gescheiterten Geothermieprojekt und die Herausforderungen durch die Flüchtlingsproblematik. Immerhin konnte er sich darüber freuen, viele Besucher aus seiner Heimatstadt Löffingen zu treffen. Dann stand die Neuwahl der Pressesprecherin im Kreisvorstand zur Wahl. Mit großer Mehrheit wurde hier Tanja Kühnel gewählt, die Oliver Eichling ersetzt, der aus persönlichen Gründen das Amt niederlegen musste. Birte Könnecke zeigte sich sehr erfreut, dass dieser wichtige Posten im Vorstand schnell wiederbesetzt werden konnte.

Ebenso erfreulich: Es fanden sich viele Genossinnen und Genossen, die gerne den Landkreis bei den Landesparteitagen vertreten möchten. Die Wahlen brachten bei strenger Quotierung das folgende Ergebnis: Delegierte sind Dr. Birte Könnecke, Dr. Oswald Prucker, Rose Riedl, Matthias Schmidt, Thomas Thürling, Clara Heckmann, Dagmar Endle und Henry Kesper. Ersatzdelegierte sind Dr. Bettina Wegner-Reims, Volker Murzin, Hartmut Hitschler, Sebastian Heusel, Adrian Demaku, Frieder Müller und Hans-Dieter Straup. Sie sind für die nächsten zwei Jahre gewählt. Keine KDK ohne Antrag: Der Antrag der Ortsvereine Breisach, Buggingen und Umkirch zur Aufklärung der übertriebenen Polizeikontrollen gegen die Klima-Aktivisten des französischen Umweltschutzvereins ALTER-NATIBA in Bad Krozingen/Tunsel und in Weisweil im Juli. Die zwei Handvoll Aktivisten waren unter anderem gegen das AKW Fessenheim unterwegs. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen und wird nun an die Landtagsfraktion und an Innenminister Reinhold Gall weitergeleitet.

In der weiteren Diskussion kamen noch viele spannende Themen aus Partei und Politik zur Sprache, wichtig aber: Die Weichen sind gestellt, der Wahlkampf kann starten.

*Oswald Prucker*

## Die Runderneuerung hat begonnen: Die SPD bringt das Land voran!

Liebe Genossinnen und Genossen,  
im Frühjahr 2011 endete die 57-jährige CDU-Herrschaft im Land. Mit Bildung der grün-roten Landesregierung begann die Runderneuerung von Baden-Württemberg. Unsere Partei besetzt die Schlüsselministerien zur Umsetzung von sozialer Gerechtigkeit, Bildungsaufstieg und Solidarität. Wir haben Vieles erreicht, aber unser Auftrag ist noch nicht erfüllt. Wir wollen in der nächsten Legislaturperiode den eingeschlagenen Weg erfolgreich fortsetzen.

Die größte Baustelle ist sicher die Bildungspolitik. Für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war und ist es wichtig, Bildungsaufstieg zu ermöglichen.



Gabi Rolland Mdl

Nur im Stakkato die wichtigsten Punkte, die wir angestoßen haben: Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems hin zu einem Zwei-Säulen-Modell; Einführung der Gemeinschaftsschule, in der die individuelle Förderung groß geschrieben wird; Ausbau vieler Schulen zu Ganztageschulen, die dazu beitragen, dass Eltern Familie und Beruf miteinander vereinbaren können; Verbesserung der Unterrichtsversorgung und der Krankheitsreserve – heute unterrichten mehr Lehrerinnen und Lehrer in Baden-Württemberg als 2011; Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung; Einleitung der Regionalen Schulentwicklung; Umsetzung des neuen Realschulkonzepts; Stärkung der beruflichen Schulen und erste Schritte hin zur Inklusion.

Lebenslanges Lernen ist heute unverzichtbar. Deswegen bin ich besonders stolz, dass wir endlich auch in Baden-Württemberg als dreizehntem Bundesland ein Bildungszeitgesetz haben.

Ein zweites sozialdemokratisches Thema ist gute Arbeit. Wir haben das Tariftreue- und das Mindestlohngesetz verabschiedet. Es verpflichtet alle öffentlichen Auftraggeber, ob Stadt oder städtisches Unternehmen, Tarifgehälter und Mindestlöhne zu zahlen. Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm geben wir insbesondere Langzeitarbeitslosen eine Perspektive.

Die Familienpolitik zählt ebenfalls zu den sozialdemokratischen Kernthemen: Wir fördern Familien und nicht ausschließlich die Ehe zwischen Mann und Frau. Respekt und Toleranz müssen in einem modernen Land selbstverständlich sein. Für uns gibt es keine Liebe erster und zweiter Klasse. Wir fürchten uns nicht vor der Vielfalt, wir gestalten sie.

Wichtig ist für Familien das Wohnen. Auf diesem Feld sind wir ein gutes Stück weiter gekommen: Wir haben die Fördermittel erhöht und das Verhältnis Förderung Eigentum/Miete zugunsten von letzterer umgekehrt. Darüber hinaus haben wir den Städten Instrumente an die Hand gegeben, um gegen Zweckentfremdung vorzugehen und die Mietpreise zu bremsen.

Die hohe Zuwanderung von Flüchtlingen wird uns weiter sehr beschäftigen. Es gibt große Probleme, die Neuankömmlinge unterzubringen. Dankbar bin ich den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern in den Unterstützercirkeln, Verbänden und Vereinen, die sich der Menschen annehmen und sie auf vielfältige Weise unterstützen. Das Land weiß um seine Verantwortung für die Flüchtlinge und hat die finanzielle Unterstützung der Kommunen ausgebaut. Zudem hat die Landesregierung Sorge getragen, dass die fünf psychosozialen Zentren finanziell abgesichert sind, und die unabhängige Sozial- und Verfahrensberatung ausgebaut.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben Baden-Württemberg vorangebracht. Die Menschen sind insgesamt mit der Arbeit unserer Regierung zufrieden. Wir haben unsere Themen besetzt: Gute Arbeit – Bildungsgerechtigkeit – Mehr Zeit für Familie. Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Runderneuerung erfolgreich fortgesetzt wird.

Ich bin überzeugt, wir haben die besseren Konzepte und wir haben das bessere Personal. Eine sozial gerechtere Welt ist das bessere Konzept. Wir sind näher bei den Menschen. Das gibt uns Kraft und Zuversicht.

## Team Birte

Im Wahlkreis 48 hat sich zur Unterstützung unserer Landtagskandidatin Birte Könnecke das „ Team Birte“ formiert.

Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, Birte in den Landtag zu bringen und damit den Wahlkreis Breisgau weiter in Stuttgart vertreten zu lassen. Dafür wollen wir in den nächsten Monaten gemeinsam mit Euch kämpfen.

Das Team Birte sind derzeit:

Wer	Welche Hauptfunktion/ Aufgaben?
Birte Könnecke	Unsere Kandidatin & Chefin
Oswald Prucker	Kalender, Webseite, Inhalte
Thomas Thürling	Wahlkampfleiter
Matthias Schmidt	Orga, Wahlkampfbüro, Backoffice
Tobias Haid	Werbemaßnahmen, Orga, Give Aways
Christian Leuchter	Werbemaßnahmen, Orga, Give Aways
Clara Heckmann	Finanzen / Wahlkampfkassiererin
Armin Schweizer	Vertreter zur Landeswahlzentrale
Bilge Gecer	Orga, Backoffice
Birgit Vosseler	Themen, Inhalte
Christian Böttcher	Büroleiter, Orga, Termine

Wir brauchen insbesondere vor dem Hintergrund, dass Birte erstmals zur Wahl in den Landtag antritt, jede erdenkliche Hilfe aus den Ortsvereinen, von euch SPD Mitgliedern vor Ort im Wahlkreis!

Wir brauchen Eure Unterstützung vor Ort:

- für Plakatierung / Flyer Verteilung
- für Ortsgespräche / Marktgespräche / Mund zu Mund Propaganda / Tür zu Tür Wahlkampf
- als Türöffner zu Unternehmen, zu Sozialeinrichtungen, zu Vereinen vor Ort
- Beiträge in Gemeindeblättern
- als Begleiter und Türöffner zu wichtigen Ortsveranstaltungen
- als Spender und Spendensammler/ -werber
- im Team Birte

Eure Ideen und tatkräftige Unterstützung sind herzlich willkommen, nehmt gern Kontakt auf :  
[info@team-birte.de](mailto:info@team-birte.de)



## Campaign Camp Berlin

Am 5. und 6. September fand in Berlin das Campaign-Camp und die Kreisvorsitzendenkonferenz statt. Zwei sehr erlebnisreiche Tage, die mir viel Motivation und gute Ideen vermittelt haben. Beim Campaign-Camp war zwar sicherlich der Auftritt von Jim Messina, dem Wahlkampfleiter Obamas, ein besonderes Highlight, inhaltlich uns näher fand ich aber die Ausführungen von Jan Larsson, der 2013/14 erfolgreich den Wahlkampf der schwedischen Sozialdemokraten leitete. Zwei seiner Kernsätze: "No internal conflicts in media" und "No guts, no glory" sollten wir uns alle mal über's Bett hängen! Auf der Kreisvorsitzendenkonferenz gab es viel Zeit, um mit Yasmin Fahimi, dem Generalsekretär der NRW-SPD Andre Stinka und Sigmar Gabriel zu diskutieren. Das Flüchtlingsthema war natürlich sehr präsent, aber auch TTIP, Waffenexporte, VDS und andere Punkte kamen nicht zu kurz. Anschließend wurde in drei parallelen Panels



Birte und Sigmar

mit jeweils einem Parlamentarischen Staatssekretär noch vertiefend weiterdiskutiert. In der von mir moderierten Runde mit Uli Kelber (Justizministerium) ging es hauptsächlich um Wohnraumfragen und die Aussetzung von bestimmten Standards, um die Flüchtlinge jetzt unbürokratisch in sichere Winterquartiere zu bekommen.

Bericht: Birte Könecke



## Pressespiegel

Wir haben ein neues Angebot auf unserer Webseite bereitgestellt. Den monatlichen Pressespiegel. Hier sammeln wir alle Berichte der Presse aus der Region.

Zu finden auf [www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de)



## Facebook

An dieser Stelle gern noch mal der Hinweis an alle Facebookfreunde. Auch da sind wir natürlich vertreten. Zu finden unter „Rot-wild im Schwarz-wald“ auf facebook.de



## Baden-Württemberg gemeinsam gestalten

Wir regieren Baden-Württemberg seit vier Jahren erfolgreich. Gemeinsam mit Euch wollen wir daran anknüpfen und unser Land weiterentwickeln. Es geht dabei um ein Gutes Leben für uns alle – um Gute Arbeit, Bildungsgerechtigkeit und Zeit für Familie.

### DAS HABEN WIR BISHER ERREICHT:

#### GUTE ARBEIT

Aufträge vom Staat gibt es nur noch bei fairen Löhnen  
Mehr Fachkräfte dank guter Aus- und Weiterbildung

#### BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Bildung für alle: Studiengebühren abgeschafft  
Gemeinsames Lernen. Bessere Bildungschancen: Gemeinschaftsschule eingeführt

#### ZEIT FÜR FAMILIE

Ganztagsgrundschule ausgebaut und im Schulgesetz verankert  
Über 1 Milliarde Euro für die Kleinkindbetreuung

Wenn Baden-Württemberg erfolgreich bleiben soll, müssen wir es gemeinsam gestalten. Deshalb kommt es auch auf Ihre Meinung an!

### UNSERE ZIELE FÜR DIE ZUKUNFT SIND:

Wir gestalten die Digitalisierung der Arbeitswelt und stärken weiterhin Baden-Württemberg als Musterland für Gute Arbeit Bessere Bildung: Wir setzen uns für eine Ausbildungsgarantie für jeden jungen Menschen in Baden-Württemberg ein. Wir führen die Ganztagsgarantie ein – vom ersten bis zum letzten Schultag. Damit unterstützen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

### WAS SAGT IHR DAZU?

Gemeinsam mit Euren Antworten und Vorschlägen entsteht das SPD-Regierungsprogramm für die Landtagswahl 2016!

MITMACHEN auf <http://wichtigist.spd-bw.de>



## Erfolgreich regiert? - Erfolgreich regiert!!

Geht es Euch auch so, wenn man euch nach den Erfolgen unserer Regierung in Baden Württemberg fragt, fällt Euch spontan nur wenig ein? Hier mal eine Übersicht der bisherigen Erfolge:

### ***Erfolgreiches Baden Württemberg***

#### **Starker Arbeitsmarkt**

In Baden-Württemberg sind mit gut 6 Millionen Erwerbstätigen (2014) so viele Menschen in Arbeit wie nie zuvor. Außerdem hatten wir 2014 die zweitniedrigste Arbeitslosigkeit und die geringste Jugendarbeitslosigkeit aller Bundesländer.

#### **Exportland Nr. 1**

Unsere Unternehmen haben 2014 Güter im Wert von 181,4 Milliarden Euro exportiert – das ist so viel wie nie zuvor. Damit hat der Südwesten zum ersten Mal das höchste Exportvolumen aller Bundesländer.

#### **Kräftige Wirtschaft**

Baden-Württemberg ist die Wachstumslokomotive in Deutschland: Mit einem Plus von 2,4 Prozent ist die Wirtschaftsleistung im Südwesten 2014 stärker gestiegen als in allen anderen Bundesländern.

#### **Wohlstand und Sicherheit**

Die Beschäftigten in Baden-Württemberg haben mit die höchsten Einkommen in Deutschland. Das durchschnittliche Bruttogehalt betrug rund 33.700 Euro im Jahr 2014.

#### **Geringstes Insolvenzrisiko**

Die Gefahr, dass der eigene Arbeitgeber pleitegeht, ist in Baden-Württemberg so gering wie in keinem anderen Bundesland. Mit 36 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen (2014) haben wir bundesweit das geringste Insolvenzrisiko.

### ***Schlaues Baden—Württemberg***

#### **15 Prozent mehr Geld für Bildung**

Kinder sind unsere Zukunft. Ihnen eine gute Bildung mit auf den Weg zu geben, hat für uns höchste Priorität. Deshalb stellen wir über 15 Prozent mehr Geld für Bildung und 7 mal mehr für Kinderbetreuung als die Vorgängerregierung zur Verfügung. Dabei 50% mehr Plätze für Kleinkinderbetreuung (U3). Wir haben bundesweit den besten Betreuungsschlüssel. Das Verhältnis der Schüler- zur Lehrerschaft ist heute besser denn je: 13,5 Schüler kommen an allgemein bildenden Schulen auf eine Lehrkraft.

#### **Mehr Bildungsgerechtigkeit**

Gute Kinderbetreuung sorgt für mehr Gerechtigkeit. Der Einfluss der frühkindlichen Bildung auf die Entwicklung der Kinder ist sehr groß. Hier können wir am besten soziale Unterschiede ausgleichen, Sprachprobleme auffangen und soziale Kompetenzen fördern. Viel zu lange hing der Bildungserfolg junger Menschen in Baden-Württemberg stark von ihrer sozialen Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern ab.

So hatte nach einer Studie von 2010 ein Kind aus der Oberschicht gegenüber einem Kind aus einer Facharbeiterfamilie bei gleicher Intelligenz und Lernvermögen eine 6,6 mal so große Chance, ein Gymnasium zu besuchen.

Das ändern wir – und schaffen ein leistungsfähiges und gerechtes Schulsystem.

Wir investieren massiv in die Bildung unserer Kinder: Pro Schüler/in gab das Land im Jahr 2014 18 Prozent mehr aus als noch 2010.

#### **Neue Gemeinschaftsschule *(mehr dazu gibt's auch [online](#))***

Die neue Gemeinschaftsschule ist eine leistungsstarke und sozial gerechte Schule. Die neue Gemeinschaftsschule bietet die Leistungsstandards von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien an. Die Schule kann so Schülerinnen und Schüler bestmöglich individuell fördern und ihnen anspruchsvolle Lernwege anbieten. So bleibt die Lust am Lernen erhalten. Die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen steht im Zentrum. Die Schüler lernen miteinander und voneinander in gemischten Lerngruppen. Lehrerinnen und Lehrer verstehen sich als Lernbegleiter. Sie können so jedem Kind eine optimale Entwicklung ermöglichen. Die Gemeinschaftsschule lässt möglichst lange den

## Erfolgreich regiert? - Erfolgreich regiert!! - Teil 2

### Das Gymnasium

Das Gymnasium hat sich als leistungsstarke Schule bewährt. Wir verbessern es weiter. Um die Schülerinnen und Schüler besser unterstützen zu können, haben wir die sogenannten Poolstunden für die individuelle Förderung erhöht.

Wir entwickeln den G8-Bildungsplan weiter, um die Schülerinnen und Schüler im achtjährigen Gymnasium zu entlasten.

44 Modell-Gymnasien im ganzen Land bieten versuchsweise einen neunjährigen Weg zum Abitur an. Auch über die beruflichen Gymnasien und in der Gemeinschaftsschule können die Schüler in neun Jahren zum Abitur kommen.

### Sozialarbeiter

Mittlerweile gibt es rund 1.170 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit – das sind 46 Prozent mehr als unter der Vorgängerregierung. Im Lauf dieses Jahres werden es sogar über 60 Prozent mehr Stellen als 2010.

### Hochschulen

Wir machen unsere Hochschulen fit für die Zukunft: Wir stärken sie finanziell und geben ihnen mehr Freiheit, um kreativ und innovativ zu sein. Wir haben die Studiengebühren abgeschafft und erhöhen die Zahl der Studienplätze.

### *Nachhaltiges Baden Württemberg*

#### Energiewende

Wir machen Baden-Württemberg vom Atomkraftland zum Energiewendeland. Dabei verfolgen wir die Strategie der drei „E“: Mehr erneuerbare Energien, mehr Energieeinsparung und mehr Energieeffizienz.

Wir senken den CO<sup>2</sup> Ausstoß bis 2020 um 25 % und bis 2050 um 90% ggü. 1990.

#### Windenergie

Die Windenergie wurde im Südwesten viel zu lange von der Politik ausgebremst, Baden-Württemberg war deshalb mit einem Windkraftanteil von unter einem Prozent Schlusslicht unter den Flächenstaaten. Mit dem neuen Landesplanungsgesetz und Planungshilfen wie dem Windatlas haben wir die Ampel für die Windkraft auf Grün gestellt. Anders als früher ist der Bau von Windrädern nun grundsätzlich erlaubt und nicht mehr grundsätzlich verboten. Wir streben bis 2020 einen Windkraft-Anteil von zehn Prozent an der Stromerzeugung an. Geht der Ausbautrend weiter, können 2020 elf Prozent unseres Stroms aus der Sonnenenergie stammen.

#### Sanierung

Wir haben in zwei Jahren rund 35.000 zinsverbilligte Kredite für energetische Gebäudesanierung und Energieeffizienz-Maßnahmen ermöglicht. Von den rund 3 Milliarden Euro haben Hauseigentümer und kleine und mittlere Unternehmen profitiert. Wir sanieren Schritt für Schritt die Gebäude des Landes und stellen ihre Stromversorgung auf 100 Prozent Ökostrom um.

#### Energiewende

Die Energiewende im Südwesten ist auf einem guten Weg. Das sagen nicht nur wir, sondern auch die Experten. Baden-Württemberg liegt bei der Nutzung erneuerbarer Energien im Ländervergleich auf dem zweiten Platz. Das ist das Ergebnis einer Vergleichsstudie im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien.

Besonders gute Noten gibt es für die ambitionierte Energiepolitik, die klaren Ziele beim Ausbau der erneuerbaren Energien und die umfangreichen Förderprogramme.

#### ÖPNV

Wir bauen den öffentlichen Personenverkehr aus. Unser Ziel: Bis 2030 doppelt so viele Fahrgäste im ÖPNV. Dafür machen wir uns für ein besseres und komfortableres Angebot bei Bahnen und Bussen stark.

Wir haben den Schwerpunkt der Verkehrsfördermittel für Kommunen auf den öffentlichen Personennahverkehr gelegt: Heute fließen 60 Prozent der Gelder – das sind rund 100 Millionen Euro im Jahr – in Busse und Bahnen und 40 Prozent in den kommunalen Straßenbau. Früher war es genau umgekehrt.



## Erfolgreich regiert? - Erfolgreich regiert!! - Teil 3

### Naturschutz

Wir haben die Weichen für einen wirksamen Naturschutz gestellt und die Mittel von 30 Millionen auf fast 50 Millionen im Jahr 2014 erhöht. Bis 2016 werden die Mittel sogar auf 60 Millionen Euro verdoppelt.

Unsere neue Naturschutzstrategie umfasst rund 400 Maßnahmen – von großen Schutzgebieten über extensivere Landbaumethoden bis hin zu einem landesweiten Biotopverbund. Unser Ziel: Die heimischen Tier- und Pflanzenarten erhalten und ihre Lebensräume sichern.

Baden-Württemberg hat endlich im Nordschwarzwald seinen ersten Nationalpark. Dort hat die Natur auf rund 10.000 Hektar den Raum, sich frei und ungestört zu entwickeln. Der Nationalpark Schwarzwald ist nicht nur eine Chance für Natur und Mensch. Er stärkt auch Wirtschaft und Tourismus in der Region. Experten rechnen mit deutlich mehr Touristen. Das bedeutet zusätzliche Einnahmen für Hotels, Gastronomie und Einzelhandel vor Ort – und neue Arbeitsplätze für die Region.

### Tierschutz

Eine echte Neuerung ist die unabhängige Landesbeauftragte für den Tierschutz. Diese Stelle haben wir als starke und unabhängige Stimme für den Tierschutz eingerichtet. Sie ist Anlaufstelle für Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern und Ansprechpartnerin für Tierschutzorganisationen.

Die für Tierversuche zuständigen Genehmigungsbehörden haben nun mehr Personal. Erfolg: 2013 gab es 15 Prozent weniger Tierversuche als noch 2011.

Mehr Tierschutz – das gilt jetzt auch beim Jagen. Mit dem neuen Jagdgesetz findet das Staatsziel Tierschutz des Grundgesetzes nun auch Eingang ins Jagdrecht. Beispielsweise durch ein Verbot von Totschlagfallen. Auch Haustiere dürfen von Jägern künftig grundsätzlich nicht mehr geschossen werden.

Wir sind froh, dass riesige Tierhaltungsanlagen in Baden-Württemberg keine Rolle spielen. Wir setzen klar auf unsere Familienbetriebe. Deshalb berücksichtigen wir stärker Tierschutz- und Umweltaspekte bei der Vergabe von Fördergeldern und unterstützen gezielt landwirtschaftliche Betriebe mit besonders tiergerechten Haltungsverfahren.

### Lebensmittelsicherheit

Es gibt jetzt deutlich mehr Lebensmittelkontrolleure und Amtstierärzte im Land. Zudem haben wir eine überregionale Kontrolleinheit eingerichtet. Damit können wir besser auf Krisenfälle im Lebensmittelbereich reagieren.

### Hochwasserschutz

Wir nehmen die Gefahr ernst und haben deshalb die Mittel für den Hochwasserschutz mehr als verdoppelt: Flossen im Jahr 2011 noch rund 26 Millionen Euro in entsprechende Maßnahmen, so sind es heute rund 56 Millionen.

### Gentechnik

Das Land ist 2012 dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Pächter landeseigener Flächen dürfen auf diesen nur gentechnikfreie Landwirtschaft betreiben. Um die Landwirtschaft vor Gentechnik zu schützen, führen wir umfassende Kontrollen von Futtermitteln, Saatgut und Ernte durch.

Die Lebensmittelüberwachung kontrolliert regelmäßig Lebensmittel auf gentechnische Verunreinigungen und Zutaten.

Neuer Schutzgürtel: 3.000 Meter um Naturschutzgebiete darf es keine Gen-Pflanzen geben. Wir machen uns im Bund und in der EU für strengere Regeln zur Agro-Gentechnik stark.



## Erfolgreich regiert? - Erfolgreich regiert!! - Teil 4

### *Gerechteres Baden Württemberg*

#### **Landeswohnraumförderung**

Wir haben die Landeswohnraumförderung massiv aufgestockt: Sie beträgt 2015 rund 75 Millionen Euro – und liegt damit um rund 60 Prozent höher als im Jahr 2010. Damit können mehr als 5.000 neue Wohnungen pro Jahr gefördert werden.

#### **Bezahlbarer Wohnraum**

Wir haben zwei Maßnahmen-Pakete für bezahlbaren Wohnraum beschlossen. Damit bremsen wir z.B. die Mieterhöhungen in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt: In 45 Städten im Land werden Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen auf 15 % in drei Jahren gedeckelt.

#### **Investitionsprogramm**

Wir investieren 100 Millionen in den sozialen Wohnungsbau.

#### **Gesundheit & Pflege & Menschen mit Behinderung**

Wir investieren 30% mehr als die Vorgängerregierung in die Kliniken.

Mit einem neuen Gesetz unterstützen wir Menschen mit einer psychischen Erkrankung und ihre Angehörigen. Es stärkt ihre Rechte – etwa durch neue Anlauf- und Beschwerdestellen. Hilfe bietet ihnen ein dichtes Netz von wohnortnahen Einrichtungen und Beratungsstellen.

Nach dem neuen Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz können pflegebedürftige Menschen aus verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen auswählen.

Unser neues Behindertengleichstellungsgesetz geht weg vom überholten Prinzip der Fürsorge und hin zum Prinzip der Inklusion. Stadt- und Landkreise müssen nun eigene Behindertenbeauftragte einrichten. Auch auf Landesebene stärken wir die Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung. Außerdem erweitern wir die einklagbaren Rechte von behinderten Menschen und verbessern die Barrierefreiheit.

#### **Bürgerbeteiligung**

Die Zeit der Basta-Politik ist endgültig vorbei. In unserer modernen Gesellschaft genügt es den Menschen nicht mehr, alle fünf Jahre an die Wahlurne zu gehen. Sie wollen mitreden und sich einbringen.

Wir machen deshalb eine Politik des Gehörtwerdens. Wir stärken die direkte Demokratie und haben neue Formate der Bürgerbeteiligung eingeführt – etwa für die Planung von Großprojekten.

In den Städten und Gemeinden werden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide die Quoren abgesenkt, die Fristen verlängert und der Themenkatalog erweitert.

Bürgerbeteiligung ist mehr als die Stärkung der direkten Demokratie. Eine moderne Demokratie braucht neue Wege der Beteiligung und des Dialogs.

Wir haben deshalb einen Planungsleitfaden beschlossen: Die Landesverwaltung muss nun die Menschen bei Großprojekten umfassend beteiligen. Zum Beispiel über einen Runden Tisch, Bürgerforen oder Moderationsverfahren. Und das über den gesamten Verlauf eines Projekts – von der frühen Planung bis zum Bau.

#### **Wählen ab 16**

Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass junge Menschen besser mitgestalten können: Jugendliche ab 16 dürfen jetzt bei Gemeinderats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen wählen. Außerdem dürfen sie nun bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden vor Ort mitbestimmen.

## Erfolgreich regiert? - Erfolgreich regiert!! - Teil 5

### Innere Sicherheit

Baden-Württemberg hat die zweitniedrigste Kriminalitätsrate. Auch bei der Aufklärungsquote stehen wir gut da. Wir haben nicht nur den Personalabbau bei der Polizei gestoppt, sondern sie auch besser und bürgernäher organisiert. Die Polizei ist heute finanziell so gut ausgestattet wie nie zuvor.

### Mehr Sicherheit für die Bürger

Wir erhöhen die Präsenz der Polizei vor Ort und bringen mehr Polizisten auf die Straße. Jedes der landesweit 146 Polizeireviere hat mindestens zwei zusätzliche Streifen erhalten. Neben der Schutzpolizei ist nun auch die Kriminalpolizei im ganzen Land rund um die Uhr für die Menschen da.

Leistungsstarke und moderne Führungs- und Lagezentren koordinieren jetzt die Polizeieinsätze. Mit zwölf regionalen Polizeipräsidien, verschlankten Hierarchien und gebündelten Aufgaben wurde mehr Personal für die eigentlichen polizeilichen Aufgaben frei. Die 146 Polizeireviere und rund 360 Polizeiposten vor Ort blieben unverändert erhalten.

### Offensiv gegen Einbrüche

Um Einbrüche besser zu bekämpfen, erhalten wir bei der Polizei 226 Stellen, die nach den Plänen der Vorgängerregierung wegfallen sollten. Die Ausbildungs- kapazitäten der Polizei erhöhen wir. Außerdem bauen wir die Spezialeinheiten gegen Wohnungseinbrüche aus, führen ein neues Früherkennungssystem beim LKA ein und verstärken die Prävention.

### Wir profitieren von Europa

Für die Förderung der Landwirtschaft stehen von 2014 bis 2020 710 Millionen Euro an EU-Mitteln zur Verfügung. In der vergangenen Förderperiode waren es noch 610 Millionen Euro. Für die Regionalförderung stehen ebenfalls 100 Millionen mehr zur Verfügung.

Bis 2020 bekommt Baden-Württemberg rund 260 Millionen aus dem Europäischen Sozialfonds. Wir wollen damit beispielsweise benachteiligten Menschen neue Chancen auf Ausbildung und Arbeit eröffnen.

Für grenzüberschreitende Projekte erhält der Südwesten bis 2020 78 Millionen Euro Fördermittel, beim letzten Mal waren es lediglich 32 Millionen.

### Akzeptanz

Wir haben einen Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte beschlossen. Ziel: Die Diskriminierung aufgrund der sexuellen oder geschlechtlichen Identität abbauen.

Auch unsere Schulen sollen ein Ort der Offenheit und des Respekts sein. Im neuen Bildungsplan wird deshalb die Akzeptanz von Vielfalt eine wichtige Rolle spielen. Damit Diskriminierung etwa wegen der Hautfarbe, der Religion, einer Behinderung oder der sexuellen Identität der Vergangenheit angehört.

**Ganz schön viel geschafft – oder? Wetten Du hast nicht alles durchgelesen, weil es zu viel ist? ;-)**

**Und das ist immer noch nicht alles gewesen.. ausgeglichener Haushalt, gerechtere Steuerverwaltung, mehr Steuerprüfer und viele, viele weitere Erfolge unseres Finanz und Wirtschaftsministers und Spitzenkandidaten Nils Schmid...**

**Die SPD regiert - das Land kommt voran!**

**Wir haben es in der Hand, dass die CDU/ FDP diese Erfolge nicht wieder zurückdreht, kein Rollback nur mit einer starken SPD!**

## Christopher Street Day in Freiburg

Solang "schwul" noch das Schimpfwort Nummer 1 auf Fußballplätzen und in Schulen ist und solange der Staat immer noch und gegen den gesamtgesellschaftlichen Konsens an reinen Mann- Frau- Ehen festhält, so lange ist der Christopher Street Day mindestens noch nötig und eine kraftvolle Demonstration für die bunte Vielfalt in der Gesellschaft.

Wir freuen uns, dass die Kreis- SPD mit gleich mehreren



Vorstandsmitgliedern am 18. Juli in Freiburg dabei sein konnte und zusammen mit den Schwusos, den Jusos und den Freiburger Genossinnen und Genossen ein Zeichen setzen konnte.

Unser Dank gilt auch Helge Birke, der uns seine Fotos zur Verfügung gestellt hat.

*Oswald Prucker*

## Beharrlichkeit zahlt sich aus..

Seit vielen Jahren bringt es unsere Kreisrätin Ellen Brinkmann wieder und wieder auf die Tagesordnung: Ein Landkreis in dieser Größe kann von einem ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten schlicht nicht versorgt werden. So sieht es ja selbst die derzeitige Amtsinhaberin.

Jetzt scheint es ein Einsehen zu geben ...

Zum ersten Mal in der Geschichte des Kreistages gibt es einen gemeinsamen Antrag von SPD und CDU zu diesem Thema.

Beide Fraktionen haben einen Antrag unterschrieben, der die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle vorsieht.

Ein toller Erfolg für Ellen Brinkmann. Ich gratuliere ihr von ganzem Herzen zu diesem wichtigen Schritt hin zu wahrer Inklusion.

Allerdings: Es ist ja nicht unbedingt der Einsicht der CDU zu verdanken, dass dieser Antrag zustande kam. Tatsächlich ist die Schaffung dieser Stelle für den Kreis ein Nullsummenspiel. Die Rechnung übernimmt die Landesregierung.

In der Summe also wieder ein Beispiel dafür, dass grün- rot diesem Land gut tut. Das ist gut.

Trotzdem: Liebe Ellen, ich freue mich darüber, dass deine Beharrlichkeit nun bald zum Erfolg führen wird.



*Ellen Brinkmann*

Oswald Prucker



## Christoph Bayer und Birte Könnecke beim Vor Ort Tag in Breisach

Breisach am Rhein, das bedeutet Europastadt, ein lebendiges Mittelzentrum, eine reiche Geschichte, das sind 15 tausend Einwohner und eine ganze Reihe an Aufgaben, die die Kommune zusammen mit dem Land zu bearbeiten hat. Das erfuhren Christoph Bayer, MdL und die Kreisrätin und Landtagskandidatin der SPD Dr. Birte Könnecke bei ihrem Gespräch mit Breisachs Bürgermeister Oliver Rein. Auf einem guten Weg, und da waren sich der Kommunalpolitiker und seine Gesprächspartner einig, sind das Integrierte Rheinprogramm mit dem auf fünf Jahre angelegten Monitoring, die Fortführung des Verfahrens zur B 31 West, die Konversion des Kasernengeländes und das nun beschlossene Breisgau-S-Bahn-Konzept. Zustimmung erhielt Rein auch bei seinem Hinweis, die Landespolitiker mögen den ländlichen Raum stärken und den in letzter Zeit wachsenden Bedeutungsverlust zugunsten der Oberzentren stoppen.

Ambitioniert sind die Anstrengungen der Gemeinde in Bezug auf Bildung und Soziales; zwar seien die Zuschüsse vom Land gestiegen, wie Bürgermeister Rein anerkennt, die Aufgaben aber noch mehr. Die Forderung, hier müsse das Land nachbessern, konnte Christoph Bayer nicht unkommentiert lassen: Zwar seien die Anstrengungen der Kommune in diesen Bereichen beachtlich aber das Land habe seinerseits in der Bildungs- und Sozialpolitik Programme in einer Höhe aufgelegt, die ohne Beispiel in der bisherigen Geschichte des Landes seien.

Auch in Fragen der Schulentwicklung konnten sich der CDU-Politiker Rein und der SPD-Bildungsexperte Bayer naturgemäß nicht einig werden: Bayers Plädoyer für das Zwei-Säulen-Modell als sinnvolles Zukunftsprojekt konnte der Kommunalpolitiker und Kreisrat Rein nicht zustimmen was aber dem insgesamt guten und konstruktiven

Gesprächsverlauf keinen Abbruch tat.

Die Gemeinschaftsschule, der künftige Ganztagsunterricht an der Grundschule, die Raumnot auf dem Campus und beim Sportunterricht, die Vorbereitungsklassen für Flüchtlingskinder und die dringend anstehende Debatte über das künftige Berufsbild "Lehrer" waren die Gesprächsthemen an der Julius-Leber-Schule. Als wichtigen und hervorragenden Austausch fasste Christoph Bayer nach anderthalb Stunden das engagierte Gespräch mit Rektor Siegmund Früh und Konrektorin Ellen Bastian zusammen.

"Das riecht ja noch ganz frisch nach Neubau", stellten die Politiker beim Besuch des Vita-Komplexes an der Kupferdorferstraße fest. Mit Krabbelgruppe, Arztpraxen und den vielfältigen Angeboten von Caritas und Diakonie ist mitten in Breisach ein neues soziales Zentrum entstanden.

"Der große Zuspruch hat uns überrascht", räumen Jochen Kandziorra und Georg Grandy von der Caritas ein und berichten schon jetzt, ein dreiviertel Jahr nach der Einweihung von Erweiterungsplänen. Die Wohnungsnot für arme Leute stand im Vordergrund beim Gespräch mit Jürgen Maurer in den Räumen der Diakonie im Nachbarhaus. Einig war man, dass die Rückkehr zum Sozialen Wohnungsbau dringende kommunale und staatliche Aufgabe sei.

Von der Wohnungsnot sind natürlich auch Flüchtlinge betroffen und die Unterbringung in Turnhallen ist ein Szenario, das sich in Breisach niemand wünscht. Auch nicht die Engagierten Roman Siebenhaar, Vorsitzender des Fördervereins des Runden Tisches für Mitmenschlichkeit, und Rosita Blankenstein, die den Arbeitskreis Flüchtlinge leitet. Wie in vielen Gemeinden versucht man auch in Breisach pragmatisch denen zu helfen, die als Flüchtlinge auf Hilfe angewiesen sind, auch wenn man auch hier nicht weiß, wie die anstehenden Probleme grundsätzlich zu lösen wären.

"Das war ein hochinteressanter Tag mit engagierten und konstruktiven Gesprächen", resümierte Christoph Bayer zufrieden die Tour d'horizon in Breisach.

Bericht: Christoph Bayer



## Besuch im Münstertal

Vor kurzem konnte ich zusammen mit Christoph Bayer einen Tag im Münstertal verbringen und mich von Bürgermeister und Kreisratskollege Rüdiger Ahlers vor Ort unter anderem über die vielfältigen Kinderbetreuungsmöglichkeiten informieren.

Hier hat die Landesregierung viel geleistet und die Ge-

meinden in die Lage versetzt ein bundesweit vorbildliches Angebot an junge Familien richten zu können.

Durch eine engagierte Elternschaft, die Gemeinde und weiteren Sponsoren konnte in Münstertal zu dem eine tolle Außenspielfläche aufgebaut werden, die man nur loben kann. So macht Kind sein Spaß.



Weitere Stationen waren dann das Besuchsbergwerk Teufelsgrund und der Glocknerhof im Kaltwasser. Dort ging es dann unter anderem um die Besonderheiten der Höhenlandwirtschaft und die Selbstvermarktung der Hofprodukte. Das Kulinarische kam auch nicht zu kurz und als Tierärztin freue ich mich natürlich über jedes Kälbchen am Wegesrand!

(Birte Könnecke)

## #WICHTIGIST

### #WICHTIGIST

**... dass wir uns alle mit aller Macht und allen uns zur Verfügung stehenden Mittel gegen den aufkeimenden Naziterror stellen. Einschüchterung läuft nicht.**

**#keinfussbreit #pack**

**Birte Könnecke**





## Grenzüberschreitender Austausch mit französischen Genossen



Der SPD Kreisvorstand hat sich in seiner September Sitzung in Neuenburg mit Vertretern der Parti Socialiste (PS) aus Mulhouse und Umgebung, unter ihnen die Vorsitzende der PS des Departments Haut Rhin, Cléo Schweitzer getroffen. Anlass des gemeinsamen Abends war die Gelegenheit eines grenzüberschreitenden Austauschs über die aktuellen regionalen Themen. Die stattfindende Gebietsreform in Frankreich, die die Regionen Elsass, Lothringen, Champagne- Ardennen zu einer Region verbindet, ist eines der Hauptthemen für die französischen Regionalpolitiker, insbesondere vor dem Hintergrund der großen regionalen Unterschieden, was Infrastruktur, Wirtschaft und Arbeitslosigkeit angeht. Ferner gab es einen Erfahrungsaustausch über den Mindestlohn und seine Auswirkungen auf die jeweils einheimische Landwirtschaft. Die deutsche Seite berichtete von den gravierenden Auswirkungen der aktuellen Flüchtlingskrise.

Die französischen Gäste zeigten sich überzeugt von der Schließung des AKW Fessenheim innerhalb der Amtszeit des jetzigen Präsidenten Holland bis 2017. Es besteht der Wunsch nach einem deutsch- französischen Staatsvertrag, der neben der Schließung selbst, die Folgen der AKW Schließung in der Region Elsass berücksichtigt.

Der Vorschlag von Cléo Schweitzer und Jean Paul Lacoste aus Neuenburg ein trinationales Treffen der französischen Sozialisten (PS), der schweizer Sozialdemokraten (SP) und der deutschen Sozialdemokraten (SPD) im nächsten Frühjahr in Südbaden zu organisieren, wurde einhellig begrüßt.

*(Thomas Thürling )*



## Ein Plädoyer für Biodiversität

Der SPD Kreisvorstand tagte vor der Sommerpause in Kirchzarten. Wichtigster Tagesordnungspunkt war der Vortrag von Professor Dr. Werner Konold zum Thema Biodiversität.

Professor Dr. Werner Konolds Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte und Ökologie der Kulturlandschaft und ihrer Elemente. Er arbeitet an integrierten Konzeptionen für Landschaften und im Naturschutz. Konold ist zudem Sprecher des Deutschen Rates für Landespflege und Mitglied im Nationalkomitee des Man and the Biosphere Programm der UNESCO (Biosphärenreservate).

Biodiversität beschreibt die biologische Vielfalt welche durch Eingriffe des Menschen in die Natur entsteht aber auch zerstört wird. Entstanden sind bspw. durch vielfältige Züchtungen diverse Arten und Sorten von Pflanzen, so existieren bspw. in Europa 1000 Sorten Tomaten.

Durch die Zersiedelung der Kulturlandschaft gefährdet der Mensch gleichzeitig Lebensräume für Pflanzen und Tiere, durch den intensiven oder auch fehlerhaften Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wurden bspw. Bienen mit ihrer für die Arterhaltung wichtigen Bestäuberfunktion, stark gefährdet.

Biodiversität zu erhalten ist wichtig, um auch in Zukunft die Nahrungsgrundlagen für Mensch und Tier zu erhalten, um Energieressourcen zu gewinnen, um Rohstoffquellen zur Herstellung von vielfältigen Produkten aus Pflanzenrohstoffen zu erhalten und nicht zuletzt aus ethischen Gründen. Wer erfreut sich nicht an einer bunten Blumenwiese.

Der Kreisvorstand begrüßt die erfolgte Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden. Ein weiterer wichtiger Schritt können Kulturlandschaftsbeiräte sein. Dabei finden sich Fachleute, Landwirte, kommunal verantwortlichen Politiker und engagierte Bürger zusammen, um Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft und damit der Biodiversität zu entwickeln und vor Ort umzusetzen. Hier geht es bspw. um die Optimierung des Flächenverbrauchs bei Baumaßnahmen oder darum die Nachhaltigkeit von Ausgleichsmaßnahmen zu definieren, zu überwachen bzw. sicherzustellen.

Als konkrete Maßnahmen in den Kommunen können Straßenränder, Brachen und bislang ungenutzte „Eh da“ Flächen zur Rekultivierung genutzt werden, durch gezielte Aussaat lokal passender Saaten entsprechende Lebensräume für Insekten, Grünbrücken und Pflanzenvielfalt geschaffen werden.

Die SPD Kreisvorsitzende Dr. Birte Könnecke unterstützt diese Anliegen ausdrücklich. Einrichtungen in der Region, die einen Beitrag zur Biodiversität leisten, müssen in ihrer Arbeit politische Rückenstärkung erfahren. Konkret einigte man sich darauf, dem Samengarten in Eichstetten von Kreisseite her einen Besuch abzustatten und sich über Möglichkeiten der Unterstützung zu informieren.

*Thomas Thürling*



## Herzlichen Glückwunsch..

**Wir gratulieren allen Jubilaren  
recht herzlich zu  
Ihrem Geburtstag!**

Aus Datenschutzgründen dürfen wir die Jubilare nicht persönlich benennen.



Allen Mitgliedern die in diesem Jahr ein SPD Jubiläum feiern:

**Danke für langjährige Mitgliedschaft!**

Aber auch allen Mitgliedern herzlichen Dank für ihr erstes Jahr bei uns. Seid willkommen!

## Mitmachen!

### Mach Mit:

*Es ist gut, Mitglied der SPD zu sein. Egal ob Du das erste Mal Mitglied werden oder zur SPD zurück kehren willst. Dein Ortsverein bietet den Mitgliedern Mitsprache- und Entscheidungsrechte. Werde heute Mitglied der SPD und helfe mit, Deutschland zukunftsfähig zu machen. Für ein modernes und gerechtes Deutschland. Für ein Land mit Sicherheit für seine Bürger, Zukunftschancen für alle und einer starken Demokratie. Für ein Deutschland, das internationale Verantwortung übernimmt und bei dem Gerechtigkeit und Fairness nicht an den Landesgrenzen endet. Ob im vor Ort, im Bundesland, auf nationaler oder internationaler Ebene: Überall engagieren sich Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dafür, die Welt ein Stück gerechter zu machen.*

*Mach doch einfach mit!*



\_\_\_\_\_  
Vorname Name

\_\_\_\_\_  
Adresse

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
eMail

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Selber ausfüllen oder weitergeben und ausgefüllt an u.a. Adressen schicken..  
und dann:  
Herzlich Willkommen!



### Impressum

Herausgeber & V.i.S.d.P.:  
die Kreisvorsitzende  
SPD Breisgau  
Hochschwarzwald  
Dr. Birte Könnecke

Merzhauser Straße 4  
79100 Freiburg

Redaktion:  
Birte Könnecke, Oswald Prucker,  
Thomas Thürling,

Realisation:  
Thomas Thürling

Mail:  
redaktion@spd-breisgau-  
hochschwarzwald.de

[www.facebook.com: Rot-wild im Schwarz-wald](http://www.facebook.com: Rot-wild im Schwarz-wald)

[www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.spd-breisgau-hochschwarzwald.de)

## ANPACKEN FÜR UNSERE REGION

### UNSERE ORTSVEREINE IM KREISVERBAND BREISGAU — HOCHSCHWARZWALD:

AUGGEN, BADENWEILER, BAD KROZINGEN — HARTHEIM, BATZENBERG, BÖTZINGEN, BREISACH, BUGGINGEN, DREISAMTAL, EHRENKIRCHEN — BOLLSCHEWEL, EICHSTETTEN, GOTTENHEIM, GUNDELFINGEN, HEITERSHEIM-ESCHBACH, HEXEMTAL, IHRINGEN, LENZKIRCH-SCHLUCHSEE, LÖFFINGEN, MARCH, MERDINGEN, MÜLLHEIM, MÜNSTERTAL, NEUENBURG, STAUFEN, SULZBACHTAL, TITISEE-NEUSTADT, UMKIRCH, VOGTSBURG

**Unsere Parteiarbeit und unser kommender Wahlkampf braucht Eure Unterstützung!  
Mitmachen und Spenden sind herzlich willkommen und wichtig für unseren Erfolg!**